

„Politik der CDU für die Alten und Rentner ? ?“.

Die CDU „Christliche Demokratische UNION“ ist vom programmatischen Ansatz her sicherlich eine Partei, bei der das „Soziale“ einen festen Platz in den Herzen der Mitglieder haben sollte und teilweise noch hat.

Es gibt aber einen deutlichen Zusammenhang: je höher die Stellung in der Hierarchie der Partei, desto wirtschaftsfreundlicher ist der oder die CDU-Grande.

In der praktischen Politik hat sich diese Partei in den vergangenen 40 Jahren sehr stark von den Wünschen und Vorstellungen des Unternehmertums leiten lassen. Dabei wurden die Anhänger der sozialen Ideen immer wieder damit getröstet, dass es der Wirtschaft gut gehen müsse, um Verteilungsspielräume zu schaffen. Dann könnten auch die Interessen der Arbeitnehmerschaft mit befriedigt werden. Zunächst gab es, auch unter dem Einfluss starker, auch christlicher Gewerkschaften, in den 60er und 70er Jahren und, deutlich abgeschwächt, auch in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter den Regierungskoalitionen jener Jahre eine insgesamt arbeitnehmerfreundliche, auf Ausgleich bedachte Politik. Durch die an die Lohnentwicklung gekoppelten Renten und durch Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen für die Beiträge nach oben hatten die Rentner an der positiven Entwicklung der arbeitenden Bevölkerung Anteil.

Mit dem Untergang des östlichen COMECON-Wirtschaftsblockes Ende der 80er und der danach stark zunehmenden Internationalisierung der Märkte versuchte die UNION, unter dem zunehmenden Einfluss der Großunternehmen und deren Lobbyisten, es diesen Unternehmen immer komfortabler zu gestalten, in unserem Land, und von unserem Land aus, Geschäfte zu betreiben.

Die steuerlichen Erleichterungen aller Art für die großen Wirtschaftsgruppen wurden durch höhere Lasten für die abhängig arbeitenden Arbeitnehmer in diesem Lande kompensiert. Die Unternehmen mit lohnabhängig tätigen Mitarbeitern stöhnten unter den hohen Sozialkosten, die auf den reinen Arbeitsstundenpreisen lagen.

Es wurde in der Politik zur Mode, zu fordern, dass die hohen Lohn-Nebenkosten drastisch gesenkt werden müssten, um die deutsche Wirtschaft zu retten.

Die Rentenanpassung wurde von der Bezugsgröße „Bruttolohn“ auf „Nettolohn“ umgestellt. Die Arbeitslosigkeit unter der arbeitsfähigen Bevölkerung stieg und stieg immer weiter. Damit sanken auch die Einnahmen der staatlichen Rentenversicherung, die von den Beiträgen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gespeist wurde. Trotzdem ging es Deutschland, im internationalen Vergleich, keineswegs so schlecht.

Dann kam der große Coup, von Bertelsmann-Strategen vorgedacht und eingefädelt und von Kanzler Schröder umgesetzt, die Rentner von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln und ihnen weniger zu bezahlen, um die Erstattungspflicht des Staates für „versicherungsfremd“ entnommene Leistungen verringern zu können und schließlich die jährlichen Bundeszuschüsse zur DRV ganz einsparen zu können. Dabei wurde aber die wahre Situation der Renten-Empfänger in Deutschland falsch eingeschätzt, bzw. von den Bertelsmann-„Spezialisten“ gezielt „schöngeredet“, damit die Abgeordneten im Bundestag keine Probleme bei der Verabschiedung dieser Schröder-„Rentenreform“ hatten.

Tatsächlich wurde hier vom Gesetzgeber die größte Rentenkürzung aller Zeiten, die „GröRaZ“ verabschiedet. Durch zahlreiche Einzelschritte und –Maßnahmen wurden die Rentner massiv schlechter gestellt und zugleich die staatliche

Rentenversicherung in ihrem Ruf beschädigt, damit die private Versicherungswirtschaft an das geschätzte 15-18 Mrd EUR-Volumen pro Jahr herankommt, dass die künftigen Rentner durch private Zusatzversicherungen zur Altersabsicherung abzuschließen genötigt sein werden.

Dabei wurde zweierlei nicht ausreichend beachtet:

- 1.) wenn man den ca.20 Mio Rentnern die Kaufkraft wegnimmt, indem man ihnen das Volumen des monatlich verfügbaren Geldes drastisch einkürzt (Rentenkürzung, Pflegeversicherungserhöhung, Gesundheitskostensteigerung zu Lasten der Patienten, Zahn-Zusatzvorsorge, drastische Mehrwertsteuer-Erhöhung um gleich 18,75% (3%-Punkte) ohne Ausgleich und Reduzierung von Steuerfreibeträgen)

beschädigt man natürlich auch die Binnenkonjunktur. Denn dorthin fließen ja die meisten der von den Rentnern ausgegebenen Gelder.

- 2.) Es gibt schon heute einen beachtlichen Anteil der Empfänger staatlicher Renten, der trotz einer Ganztagsarbeitsbiographie und langjähriger Berufstätigkeit nicht über 900,-EUR/Monat Auszahlungsbetrag hinauskommt. Und bei den Frauen mit „klassischer“ unterbrochener Erwerbsbiographie in Folge von Geburten und nachfolgender Kindererziehung, liegt die monatliche durchschnittliche Auszahlrente noch weit darunter.

Wenn die derzeit noch geltenden „reformierten“ Gesetze aus der Schröder-Ära unverändert erhalten bleiben und ihre die Renten reduzierende Wirkung voll entfalten können, **werden, jährlich zunehmend, immer mehr Alte „Grundversorgung“ vom Staat benötigen, um ihr Leben zu meistern. Millionen von Rentnern werden ihre selbstbestimmte Lebensweise verlieren. Diese großflächige Verarmung stellt für den sozialen Konsens in Deutschland eine große Gefahr dar.**

Was aber tat die CDU, nachdem die Schröder-dominierte Regierung 2005 das Regierungsamt an die Nachfolgeregierung unter Frau Merkel abgetreten hatte: Sie tat nichts.

Denn – wenn die ganze Republik sich über die Rentengesetze der Schröder-Zeit aufregte, würde man selbst um so sicherer regieren können, dachten sie. Und zugleich würde der neo-liberale Ansatz in der „reformierten“ Rente den Interessen der Versicherungskonzerne entgegen kommen.

Und die verringerten Beitragseinzahlungen der zunehmenden Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten (heute schon ca. 7 Millionen Erwerbstätige) und ihrer Arbeitgeber, die zu weit geringeren Einzahlungen in die Sozialkassen führen, werden ignoriert. **Niedriglohn wird noch als Errungenschaft gefeiert. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland, die zu einer deutlichen Entschärfung führen würde und in allen europäischen Nachbarländern der EU schon eingeführt ist (7,50 bis 8,50EUR/h), wird von der neuen Regierung Merkel/Westerwelle weiter abgelehnt, unter dem Druck der Lobbyisten aus der Wirtschaft.**

Also bleibt alles unverändert erhalten und die Schröderschen Grausamkeiten blieben in Kraft, werden also Stück für Stück umgesetzt, zum großen Nachteil der heutigen, vor allem aber auch der künftigen Rentner.

Zwar wurde innerhalb der UNION, speziell in den Gliedern der aus älteren Mitgliedern bestehenden SENIOREN-UNION, immer wieder intern heftig die altenfeindliche Haltung der CDU kritisiert, gleichwohl reichte der politische Einfluß der CDU-Senioren nie aus, um auf die Machtpolitik der Parteiführung Einfluß zu nehmen.

Zitate aus dem „SENIOREN-REPORT“ der Niedersachsen-UNION Jahrgang 8 Heft Nr.3 vom 10.05.2005: „Die sogenannte Riesterreute ist als „Bürokratisches Monster“ ein Beispiel für ausufernde Bürokratie, die ja die CDU immer vorrangig abbauen wollte. Es wäre ohne großen Aufwand möglich gewesen, durch einen Zuschuss zu den Rentenversicherungsbeiträgen den Rentenanspruch der geförderten Personengruppe aufzubessern, anstatt 2 neuen Bundesbehörden mit Tausenden von Mitarbeitern zu schaffen die „Zertifizierungsstelle“ und die ZfA „Zulagenstelle für Altersvermögen“.

Senioren-UNION gegen Altersdiskriminierung:

Hans Baum aus Osnabrück schreibt dazu unter anderem:

„es muss ein Ende damit sein, dass die fortschreitende Überalterung unserer Gesellschaft bei Politikern nur ein Finanzierungsproblem unserer sozialen Sicherungssysteme ist.“

„Für die Senioren-UNION Osnabrücker Land gilt die Maxime: lassen wir uns nicht in ein Ehrenamt abdrängen. Mischen wir uns ein, auch in der eigenen Partei“.

Die Senioren-UNION hat bei dem Kölner Staatsrechtler Prof. Dr. Peter J. Tettinger ein Gutachten zum Thema „Altersdiskriminierung“ in Auftrag gegeben, weil sie seit Jahren verfolgt, dass nur noch ein gutes Drittel der über 55-jährigen noch einen Arbeitsplatz hat. Je nach den Ergebnissen war erwogen worden, auch eine Verfassungsklage einzureichen, da die Politik einfach das Thema missachte.

Manfred Gallwitz (stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren-UNION forderte seine Organisation auf, die Wortführerschaft in allen Fragen der Seniorenpolitik zu übernehmen.

Es sei an der Zeit, auch an das soziale Gewissen der Wirtschaftsführer zu appellieren und zu fordern, nicht alles dem Profitstreben unterzuordnen.

Wir haben bisher im Handeln der UNION in Berlin nicht erkennen können, dass die Senioren-UNION massgeblichen Einfluß auszuüben in der Lage ist.

Ferner gibt es Beispiele dafür, dass ein völlig verbohrtes Denken in Teilen der führenden Köpfe vorzufinden ist.

So schrieb, nach einer in der „Rheinischen Post“ vom 24.05.08 abgedruckten afp-Meldung der Vorsitzende des CDU-nahen Studentenverbandes RCDS, Herr Gottfried Ludewig (25), dass er die Stimmrechte von Rentnern und Arbeitslosen bei Bundestags- und Landtagswahlen beschränken will. Er habe ein Thesenpapier an sämtliche Vereinigungen der CDU geschickt. Titel: „Drei Thesen zur Stärkung der Leistungsträger“.

Das Ziel sei es darin, dass diejenigen wieder mehr Einfluss bekommen müssten, die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen.

Das Ganze erfolgte auf der Linie des „Edelpensionärs“ Dr. Roman Herzog, der die Gefahr einer baldigen „Rentner-Demokratie“ ins Gespräch gebracht hatte.

Nach einigen lancierten Presseberichten zu diesem Vorstoß, und den wütenden Leserbriefen darauf, hat man es in der CDU-Führung dann vorgezogen, zur Bundestagswahl 2009 keinerlei programmatische Aussagen zu treffen, um nicht angreifbar zu sein – und gelangte so, trotz deutlicher Stimmanteilsverluste wieder an die Regierungsmacht. (Merke: gewählt wird, wer kein Programm hat.)

In der CDU/SCU gibt es demnach auch starke Strömungen, vom Wirtschaftsflügel kommend, die sich sehr weit von der christlichen Grundlinie entfernt haben.

Ein Übriges geschieht durch die teils **massive Lobbyarbeit der Wirtschaft.**

Promis der CDU und der CSU lassen sich von der Wirtschaft „verpflichten“

Denken wir doch nur an die Mega-Pleite der Göttinger Gruppe. Hunderttausende geprellter Anleger blieben zurück, Geld verloren.

Und wo blieben die Politiker die jahrelang Werbung dafür gemacht hatten?

Prof. Roman Herzog, Ex-Bundespräsident, lässt sich zum Beispiel vor den Karren des Neo-Liberalismus und der Versicherungskonzerne u. Banken spannen.

Der Bürger als Mensch interessiert ihn kaum, denn er selbst sieht sich zu der Gruppe der Spitzendenker unseres Landes zugehörig, welche Kraft besseren Wissens und Kraft großzügiger Alimentierung als hohe und höchste Beamte, weit über der übrigen Bevölkerung stehen.

Und da ist es doch nur recht, wenn diese Herrschaften das Füllhorn ihres echten oder oft auch nur behaupteten Wissens der Wirtschaft zur Verfügung stellen, nicht wahr? Natürlich gegen angemessene zusätzliche Vergütung.

Und so kann man denn, selbst bestens abgesichert, fordern: „durch Deutschland muss ein Ruck gehen!!“ (12.000.-EUR Pension/Monat)

(der „kleine Mann“ muss Verzicht leisten, damit die Reichen noch reicher werden)

Dazu gibt es dann geschickt aufgemachte Kampagnen, warum die Armen und Alten völlig zu Recht immer ärmer werden müssen, weil der „überbordende Sozialstaat“ „praktisch unbezahlbar“ wird.

Die Steuerersparnis für die Weltkonzerne, Börsenspekulanten und die Superreichen in Deutschland, durch die „Erleichterungen“ der letzten 10 Jahre, und die völlig unzureichende Steuerprüfungspraxis für diese Einkommensgruppen, die zu massiven Einnahmeverlusten des Staates geführt hat und ständig weiter führt, wird natürlich in diesem Zusammenhang nicht erwähnt.

Diese Desinformationskampagnen, die auch von der gelenkten „freien“ Presse mit verbreitet werden, sind durch die Reichen im Lande finanziert und die CDU /CSU (und andere) macht sich zum Steigbügelhalter und Vollstrecker dieser Interessen.

Das Ganze nennt sich dann

„INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (INSM) (gegr. 2000)

www.insm.de.

Die Liste der gekauften „Experten“, die für die INSM arbeiten, ist lang. Ihre Namen begegnen uns wöchentlich in den TV-Talkshows – und niemand regt sich darüber auf.

Deutschland – Bananenrepublik, es fehlt nur noch das milde Klima dazu.

Nach der Landtagswahl in NRW im Mai 2010 werden wir „viel Neues“ erfahren, da die Regierenden dann keine unmittelbaren negativen Reaktionen zu befürchten haben.